



Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

CDU

Berlin Aktuell

14/2015 – 21.12.2015

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,

am Freitag ist die letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages im Jahr 2015 zu Ende gegangen, die auch im Zeichen des CDU-Bundesparteitages und des historischen Klimaschutzabkommens von Paris gestanden hat. Mehr hierzu lasse ich Ihnen auf diesem Weg in der aktuellen Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ zukommen.

Zudem verweise ich an dieser Stelle gerne auf meinen Jahresrückblick 2015, den Sie auf meiner Homepage www.peterwichtel.de finden.

Abschließend will ich aber insbesondere die Gelegenheit nutzen, Ihnen ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest im Kreis Ihrer Familie sowie ein erfülltes und erfolgreiches neues Jahr 2016 zu wünschen!

Mit den besten Grüßen
Ihr

www.peterwichtel.de



Geschlossenheit zählt – 28. Parteitag der CDU Deutschland



Der **28. Parteitag der CDU Deutschlands** hat ein klares Signal der Geschlossenheit gesetzt. Er hat gezeigt, dass wir die Kraft und Zuversicht haben, auch in schweren Monaten für unsere Überzeugungen zu kämpfen. Wir nehmen die Sorgen der Bürger auf: Als CDU und CSU wollen und werden wir die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge

spürbar reduzieren. Das liegt im Interesse unseres Landes und Europas.

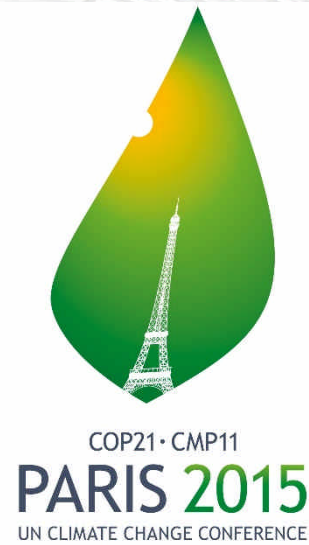
Wir stehen am Ende eines bewegten Jahres vor großen Herausforderungen. Angesichts der Entwurzelung vieler Menschen durch Krieg und Gewalt müssen wir neue Wege finden, um Sicherheit und Stabilität weltweit zu fördern und außenpolitische Verantwortung zu übernehmen. Die unionsgeführte Bundesregierung handelt - wir haben kürzlich die größte Asylreform seit den 90er Jahren beschlossen. Sie verdeutlicht: Deutschland bleibt ein Ort der Offenheit. Gleichzeitig wird klargestellt, dass nicht alle, die zu uns kommen, hier bleiben können. Die größte Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg kann nicht durch uns alleine, sondern nur europäisch gelöst werden. Mit unseren europäischen Partnern werden wir zu einer gerechten Verteilung der Flüchtlinge kommen. Mit der Türkei werden wir eine dauerhafte Regelung finden, die es Menschen erlauben wird, nach Europa zu kommen, ohne sich kriminellen Schlepperbanden auszusetzen. Gleichzeitig müssen die EU-Außengrenzen stärker gesichert werden.

Auch die Aufgabe der Integration nehmen wir ernst. Wir wollen, dass die Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, mit uns und nicht in Parallelgesellschaften leben. Dazu ist das Erlernen der deutschen Sprache unabdingbar. Wir stehen selbstbewusst zu unserer Lebensform und unseren Werten, sie sind Grundlage der Integration.

Wenn wir auf diesen Werten aufbauen, können wir aus der aktuellen Situation gestärkt hervorgehen – ähnlich wie aus der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise der vergangenen Jahre. Wir arbeiten in allen Politikbereichen daran, dass Deutschland – so wie die Bundeskanzlerin gesagt hat – auch in 25 Jahren immer noch unser Deutschland ist, das alle seine lebenswerten Eigenschaften und Stärken bewahrt und an die nächste Generation weitergibt.

Historisches Klimaschutzabkommen verabschiedet

Die **Einigung auf der UN-Klimakonferenz COP 21** in Paris kann man getrost als historisch bezeichnen. Paris ist wieder ein Ort der Hoffnung. Wenige Wochen nach den entsetzlichen Anschlägen ist es gelungen, endlich einen internationalen Konsens zu finden, um den Klimawandel in für uns alle erträgliche Bahnen zu lenken. Damit wurde ein Ziel erreicht, das Angela Merkel seit Mitte der neunziger Jahre unter anderem 1995 als Bundesumweltministerin auf der COP 1 in Berlin entschlossen verfolgt.



Die Staatengemeinschaft setzt sich nunmehr das Ziel, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf „weit unter“ zwei Grad Celsius zu beschränken. Zudem sollen Anstrengungen unternommen werden, den Temperaturanstieg bereits bei 1,5 Grad zu stoppen. Um dies zu erreichen, waren zwei Jahrzehnte lang dicke Bretter zu bohren und lang anhaltender Widerstand sowie Rückschläge zu überwinden. Umso mehr ist das in Paris erzielte Ergebnis ein Grund zur Freude und zur Erleichterung.

Jetzt müssen aber von allen Vertragsparteien Taten folgen. Deutschland allein kann das weltweite Ziel nicht realisieren. Es geht nunmehr darum, international, pragmatisch und nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip den Klimawandel so zu begrenzen, dass unser blauer Planet lebenswert bleibt. Gerade für uns ist das wichtig, denn ein unkontrollierter Klimawandel könnte zu einem Exodus aus Afrika in Richtung Europa führen. Klimaschutz ist somit auch Fluchtursachenbekämpfung.

Für die Zeit des internationalen Handelns ist unser Land mit seinen Erfahrungen und seinem enormen Know-how im Bereich der Umweltechniken, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien gut aufgestellt und dazu bereit, anderen Ländern zu helfen.

Weiterführende Informationen zum Klimaschutzabkommen finden Sie auf den Seiten des Bundesumweltministeriums unter www.bmub.bund.de.

Aktuelles aus dem Plenum



(© Bundeswehr/Kazda)

In namentlicher Abstimmung haben wir der **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz in Afghanistan** zugestimmt. Die Sicherheitslage in Afghanistan ist weiterhin sehr angespannt. Der Schwerpunkt des Einsatzes liegt in der Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen

Streitkräfte. Eine Beteiligung deutscher Soldaten an Kampfeinsätzen sowie eine Beteiligung an der Terror- und Drogenbekämpfung ist weiterhin nicht vorgesehen, der Kampfeinsatz in konkreten Bedrohungssituationen aber möglich.

Ebenso zugestimmt haben wir der **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Operation ACTIVE ENDEAVOUR im Mittelmeer**. Die Operation dient dazu, im Mittelmeerraum einen Beitrag zur Abwehr des maritimen, gegen die NATO gerichteten Terrorismus zu leisten. Da die Bedrohung der Allianz durch maritimen Terrorismus im Mittelmeer weiterhin abstrakt bleibt, beschränkt sich die Operation mit ihren derzeitigen Einsatzregeln faktisch auf Seeraumüberwachung und Lagebildaustausch.

In zweiter und dritter Lesung haben wir zudem dem **Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts** zugestimmt. Es dient der Umsetzung dreier EU-Vergaberichtlinien. Durch diese soll das Regelwerk für die Vergaben entsprechend der aktuellen Bedürfnisse des fortschreitenden Binnenmarktes weiterentwickelt und innerhalb der EU stärker vereinheitlicht werden. Wir vereinfachen damit die Struktur des deutschen Vergaberechts und gestalten dies anwenderfreundlicher aus, um insbesondere die Teilnahme kleiner und mittlerer Unternehmen an öffentlichen Vergabeverfahren zu erleichtern.

Daten und Fakten

Forschungsausgaben der Wirtschaft auf Rekordniveau. Noch nie zuvor hat die deutsche Wirtschaft so viel in Forschung und Entwicklung investiert wie im Jahr 2014. Die Unternehmen gaben dabei insgesamt 57 Milliarden Euro aus, um in ihren Abteilungen zu forschen und neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln. Das sind 6,4 Prozent mehr als noch im Jahr zuvor. Vor allem der Automobilbau zeigt sich laut Wissenschaftsstatistik des Stifterverbands für den Aufschwung verantwortlich: Hier stiegen die Ausgaben für die interne Forschung um 2,6 Milliarden Euro auf knapp 20 Milliarden Euro. Zusätzlich wurden rund 9,4 Milliarden Euro für Forschungsaufträge an externe Unternehmen und Institutionen vergeben, was einem Zuwachs um 13 Prozent entspricht. Auch in Chemieindustrie, Maschinenbau und Elektroindustrie sind 2014 mehr Mittel in die interne Forschung geflossen. Der Anteil des Bruttoinlandsproduktes, der für Forschung und Entwicklung eingesetzt wird, liegt nach vorläufigen Zahlen im Jahr 2014 bei 2,87 Prozent (2013: 2,83 Prozent). Damit wurde das Drei-Prozent-Ziel der Bundesregierung knapp verfehlt, der Trend ist jedoch positiv. Für 2015 plant die Wirtschaft eine weitere Steigerung ihrer Ausgaben um 3,6 Prozent auf 59 Milliarden Euro.

(Quelle: Wissenschaftsstatistik des Stifterverbands)

Klimaschutztechnologien „Made in Germany“. Die Anzahl von Erfindungen im Bereich der Klimaschutztechnologien hat sich weltweit zwischen 1995 und 2011 von 11.000 auf 51.000 nahezu verfünffacht. Das geht aus einer gemeinsamen Studie des Europäischen Patentamts und des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) hervor. Europa zeigt sich dabei trotz zunehmender Konkurrenz aus China und Korea für rund 18 Prozent der weltweiten Klimaschutztechnologie-Erfindungen verantwortlich – bei Erfindungen, die wegen ihres hohen Werts in mindestens zwei Rechtssystemen patentiert sind, liegt der Anteil sogar bei 40 Prozent. In Europa stammen die meisten Erfindungen nachhaltiger Technologien dabei aus Deutschland: Die Bundesrepublik vereint knapp die Hälfte aller europäischen Innovationen auf sich. Auch in Relation zum Bruttoinlandsprodukt steht Deutschland bei Erfindungen von Klimaschutztechnologien an Europas Spitze vor Schweden, Frankreich und Finnland.

(Quelle: Europäisches Patentamt)

Impressum

Peter Wichtel MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 – 77041
Fax: 030 / 227 – 76241
Mail: peter.wichtel@bundestag.de
Internet: www.peterwichtel.de

Redaktion

Christoph Schmid

Bildnachweis

Seite 4 – Bundeswehr/Kazda